Workshop "Kommunale Partnerschaften: Basis des Zusammenhalts":

Jugendliche stärker in die Partnerschaftsarbeit einbinden

Rund 70 Kommunalpolitikerinnen und -politiker nahmen bei der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am Workshop "Kommunale Partnerschaften: Basis des Zusammenhalts" teil. Sie diskutierten über Unterstützungsinstrumente und Fördermöglichkeiten für kommunale Partnerschaften, die als Basis des Zusammenhalts in Europa wieder an Bedeutung gewinnen. Die Frage der Einbindung von Jugendlichen in die Partnerschaftsarbeit stand im Vordergrund.

Ein Beitrag von
Lyudmyla Dvorkina



Unter der Moderation von Dr. Albrecht Schröter (rechts) diskutierten Vorsitzende der RGRE-Ausschüsse mit dem Vorsitzenden der Auslandsgesellschaft.de und des RGRE-Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und -träger

Unter der Moderation von Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister der Stadt Jena a.D. und Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) a.D., diskutierten Vorsitzende der RGRE-Ausschüsse zusammen mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Auslandsgesellschaft.de e.V. und des RGRE-Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit den Delegierten des Workshops über das Thema "Kommunale Partnerschaften: Basis des Zusammenhalts". Als Inputgeberin konnte die Referatsleiterin für Städtepartnerschaften, Kultur- und Medienbeziehungen im Auswärti-

gen Amt, Sylvia Groneick, gewonnen werden. Der ursprünglich geplante Schwerpunkt der Diskussion zur Einbindung von Jugendlichen in die Partnerschaftsarbeit wurde um das aktuelle Thema des Ukraine-Krieges und seine Auswirkungen auf die Partnerschaften erweitert.

Förderprogramme der Bundesregierung

Sylvia Groneick vom Auswärtigen Amt berichtete, dass ihr Referat sich mit den Kultur- und Medienbeziehungen zu insgesamt 25 Ländern befasse, darunter die Ukraine

Zur Autorin:

Lyudmyla Dvorkina ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Städtetages (DST).



Sylvia Groneick vom Auswärtigen Amt stellte per Videoschalte verschiedene Unterstützungsinstrumente und Fördermöglichkeiten vor

und Belarus. Der von Wladimir Putin begonnene Krieg in der Ukraine stelle einen eklatanten Friedensbruch dar; die Konsequenzen seien in allen Bereichen der Politik in Deutschland spürbar. In der aktuellen Kriegssituation seien Kontakte zwischen Menschen wichtig. Daher müsse der Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene fortgesetzt werden, betonte Groneick. Kommunale Partnerschaften stellten für die Bundesregierung einen entscheidenden Teil der Politik dar und seien im Koalitionsvertrag unter dem Begriff "Urban Diplomacy" aufgenommen worden.

Die Vertreterin des Auswärtigen Amtes berichtete von verschiedenen Programmen der Bundesregierung, die vor allem den Austausch und die Begegnung von Jugendlichen im Rahmen des 🗷 Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (DPJW) und des 2 Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) fördern. Darüber hinaus gebe es seit 2014 das Programm des Auswärtigen Amtes zum ☑ Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland. Es ermögliche Organisationen der Zivilgesellschaft und den in ihnen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, gemeinschaftliche Projekte umzusetzen und so die andauernden Transformationsprozesse in der Region zu unterstützen.

Nach einer finanziellen Unterstützung kommunaler Partnerschaften gefragt, erwiderte Groneick, dass das Auswärtige Amt eine Förderung von Kommunen in allen Bereichen der Partnerschaftsarbeit nicht versprechen könne. Als Grund nannte sie, dass der Bund sich aktuell in der vorläufigen Haushaltsführung befinde und der Krieg in der Ukraine sich auf die Finanzsituation des Bundes auswirken werde.

Zusammenarbeit im Ausland auf Augenhöhe

Gabi Schock, Mitglied im Rat der Stadt Krefeld, berichtete als Vorsitzende über die Arbeit und Schwerpunkte des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschen Sektion des RGRE. Im Ausschuss, den sie als den Ausschuss der Zukunft bezeichnete, werde vor allem das Thema Nachhaltigkeit unter verschiedenen Schwerpunkten und Aspekten diskutiert. Die Fragestellungen seien vielfältig. So gehe es etwa um Klimaschutz, Biodiversität und aktuell um den Krieg in der Ukraine.

Im Mittelpunkt der Ausschussarbeit stehe die Frage, wie deutsche Kommunen dazu beitragen könnten, die existenziellen Probleme in Partnerländern zu lösen, so Schock. Dabei sähen sich die deutschen Partnerkommunen aber nicht nur als Geber von Hilfen und Unterstützungen. Vielmehr wollten sie auch selbst partizipieren und als Partner auf Augenhöhe agieren. Im Globalen Süden gebe es Städte, von denen deutsche Kommunen beim Thema Nachhaltigkeit viel lernen könnten. Als Beispiel nannte Schock die Stadt Johannesburg, die als wirtschaftliches Zentrum Südafrikas enorme Transformationsleistungen hin zu einem lebenswerten urbanen Zentrum für alle Bevölkerungsschichten erbringe.

Deutsch-polnische Partnerschaften

Stefan Löwl, Vorsitzender des **Deutsch-Polnischen Ausschusses** und Landrat des Landkreises Dachau, berichtete über die Schirmherrschaft der Deutschen Sektion des RGRE für das Programm **Dags, Bei mir und**



Der Workshop "Kommunale Partnerschaften: Basis des Zusammenhalts" stieß bei den Delegierten auf große Resonanz

bei dir – U mnie i u ciebie" des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) zur Stärkung des Jugendaustausches im Rahmen von deutsch-polnischen Kommunalpartnerschaften. Dies zeige, dass die Einbeziehung von Jugendlichen in die Partnerschaftsarbeit auch ein zentrales Thema im RGRE sei.

Zur Beteiligung und Einbeziehung der Jugend in die kommunale Partnerschaftsarbeit schlug Löwl vor, nicht nur auf fachlicher Ebene Kontakte in den Partnerkommunen zu knüpfen, sondern den Jugendlichen altersgerechte Angebote, wie Jugend-Partys und Festivals mit Gleichaltrigen aus Partnerkommunen, anzubieten. Erst danach könne man versuchen, die Jugendlichen in die fachliche Ebene einzubeziehen. Viele Jugendliche engagierten sich auch später in der Partnerschaftsarbeit. Wichtig ist, so Löwl, die Menschen füreinander und für Europa zu begeistern. Dabei sei eine gewisse Kreativität gefragt, denn es gebe keinen Plan A oder B.

Landrat Löwl ging auch auf das Nachbarland Polen ein, das in der Vergangenheit häufig wegen der Verletzung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT) und der Rückführung von Geflüchteten in der Kritik stand. Kein anderes Land nehme derzeit so viele ukrainische Geflüchtete auf, betonte Löwl. Die Organisation bei der Verteilung und Unterbringung sei außergewöhnlich gut.

Einbeziehung der Kommunen in Entscheidungsprozesse

Andreas Wolter, Vorsitzender des **Deutsch-Französischen Ausschusses** im RGRE und Bürgermeister der Stadt Köln, informierte über das **Weimarer Dreieck**. Als flexible Plattform sei es ein positives Beispiel der

partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Weil die Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern wichtig sei, habe der RGRE bereits vor Jahren sowohl einen Deutsch-Französischen Ausschuss als auch einen Deutsch-Polnischen Ausschuss eingerichtet.

Wolter betonte, dass die kommunale Ebene in für sie relevante Entscheidungsprozesse einbezogen werden müsse. Die Kommunen wünschten sich nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch die Anerkennung, Anbindung und Partizipation bei den Entscheidungsprozessen auf EU-, Bundes- und Landesebene.

Jugendliche in der kommunalen Partnerschaftsarbeit

Mathias Michalski, Vorsitzender des ☑ Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und -träger im RGRE und Mitglied im Rat der Stadt Heidelberg, bezeichnete die kommunalen Partnerschaften als eine Art präventive Außenpolitik, die darauf ausgerichtet sei, durch Begegnungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene gemeinsame Werte zu verbreiten. Auf die Frage, was kommunalen Partnerschaften fehle, um die Jugend zu begeistern, berichtete er aus seiner eigenen Erfahrung. Als er mit 20 Jahren in die Kommunalpolitik gegangen sei und eine Partnerstadt habe besuchen wollen, hätte er gegenüber älteren Kollegen zurückstehen müssen und das, obwohl gerade Begegnungen von Jugendlichen so wichtig seien. Michalski sprach sich auch für eine stärkere Förderung kommunaler Partnerschaften aus. Bei so einem wichtigen Engagement wie der Partnerschaftsarbeit sollte nicht gespart werden. Er plädierte dafür, dass sich auch die Bundesländer hier stärker engagierten.

Wichtige Rolle der Zivilgesellschaft

Wolfram Kuschke, Staatsminister a.D. und Vorsitzender des Kuratoriums der ☑ Auslandsgesellschaft.de e.V., empfahl, dass kommunale Partnerschaften, die erfolgreich sein wollten, ein gemeinsames Thema finden würden. Al≠s Beispiel nannte er das Bundesland Nordrhein-Westfallen, wo sich viele Partnerschaften mit dem Strukturwandel befassten. Das Themenspektrum reiche von Sicherheit und Migration bis zu Nachhaltigkeit und Klimapartnerschaften. Der Mehrwert der Partnerschaften liegt seiner Meinung nach darin, dass die gesamte Bandbreite der EU-Themen in die Arbeit integriert werden kann.

Bezüglich der Frage der Unterstützung des Friedens in Europa erklärte Kuschke, dass die klassischen politischen Instrumente nicht dazu geführt hätten, den Krieg zu verhindern. Jetzt sei die Zivilgesellschaft gefragt, ihren Dialog auszubauen und so zum Frieden in Europa beizutragen. Kuschke betonte, dass kommunale Partnerschaften wie Flaggschiffe seien und die Kommunen von der Bundesund Landesebene ernst genommen werden müssten.

Vorbereitungen für den Friedensprozess

Die Schlussfrage richtete sich an Gabi Schock und befasste sich mit Tag eins des Friedens in der Ukraine. "Sind wir darauf vorbereitet?", wollte der Moderator wissen. Schock machte drei Kernaussagen, die ihrer Meinung nach bereits jetzt behandelt werden sollten. Erstens werde die Ukraine nach dem Krieg viel Geld brauchen, um zerstörte Infrastruktur und das Land wieder aufzubauen. Dies werde einen Fachkräfteaustausch erfordern. Als zweiten Punkt wies sie darauf hin, dass die Ukraine und Russland Lebensmittelexporteure sind. Die Hungersnöte seien bereits jetzt in vielen afrikanischen Staaten zu beobachten. Es müsse überlegt werden, wie Hungersnöte vermieden werden könnten. Drittens empfahl Schock, die Kontakte mit russischen Kommunen aufrechtzuerhalten, um eine Alternative zu Putin aufzuzeigen.

Insgesamt zeigte der Workshop, dass kommunale Partnerschaften eine Renaissance erleben. Das bewährte Instrument der Völkerverständigung und der kommunalen Außenpolitik gewinnt mit dem Krieg in Europa wieder an Bedeutung. Die Partnerschaften und die Zivilgesellschaft erbringen enorme



Zwischen Rednerinnen und Rednern und dem Publikum entwickelten sich lebhafte Diskussionen

Leistungen für die Bewältigung der Auswirkungen des Krieges. Sie müssen von allen politischen Ebenen unterstützt werden. Eine wichtige Aufgabe ist es, mehr Jugendliche für die Partnerschaftsarbeit zu begeistern und Kommunen in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Infos

Deutsch-Polnisches Jugendwerk:

Deutsch-Französisches Jugendwerk:

Programm zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland:

☑ https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/ europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/ zivilgesellschaft-projekte-oestliche-partnerschaft/301008

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit:

☑ https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/ausschuss-kez

Deutsch-Polnischer Ausschuss:

☑ https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/dpa

Programm "Bei mir und bei dir - U mnie i u ciebie":

☑ https://dpjw.org/kooperationsprogramm-fuer-jugendaustausch-im-rahmen-deutsch-polnischer-kommunalpartnerschaften/

Deutsch-Französischer Ausschuss:

☑ https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/dfa

Weimarer Dreieck:

Arbeitskreis der jungen Mandatsträgerinnen und -träger:

☑ https://www.rgre.de/rgre/arbeitskreise-des-rgre/
arbeitskreis-der-jungen-mandatstraegerinnen-und-traeger

Auslandsgesellschaft.de e.V.:

☑ https://www.auslandsgesellschaft.de/